

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

61 (12.3.1908)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungskiste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Zolal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Beuiletton und Unterh.-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

III.  
(Schluß.)

Das in Bezug auf die Organisation bei uns außerordentlich viel im Argen liegt, werden Sie auch nicht bestreiten wollen, obwohl unsere Bauernvereine ziemlich stark sind. In Bezug auf die Organisation, die am notwendigsten wäre, sind wir noch ziemlich weit zurück. Der Kleindauer braucht gegenüber der heutigen Entwicklung schon deshalb nicht zugrunde zu gehen, weil er sich in einer viel günstigeren Position befindet, als etwa die kleine Gewerbetreibende. Der kleine Gewerbetreibende kann die Maschinen, die der Großfabrikant, der Großindustrielle in Anwendung bringt, nicht anschaffen, dazu hat er nicht das Kapital, dazu hat er auch nicht die erforderlichen Einrichtungen. Ganz anders ist es beim kleinen Bauern. Er kann sich fast jede Maschine, die im landwirtschaftlichen Betrieb verwendet wird, zu eigen machen dadurch, daß eine Genossenschaft, oder die Gemeinde sie anschafft. Die Bauern sehen allmählich, daß mit diesen sogenannten kleinen Mitteln für sie viel mehr zu erreichen ist, als mit den „großen“, die man ihnen angepriesen hat.

Es gibt keine Methode der Selbstbehebung, die der Kleindauer nicht anwenden kann und womit er nicht Erfolge für sich erzielen könnte.

Das ist ein ungeheurer Vorteil. Es ist aber geradezu rückwärtig, wie da in mancher Beziehung bei uns noch gespart wird, auch vom Staat. Eine gute Düngung ist eine conditio sine qua non für einen guten Feldbetrieb. In dieser Beziehung ist China uns in Deutschland weit voraus.

Was bei uns vor allem notwendig ist, das ist, daß man den Bauern klar macht, wie alle die Fragen, die bei seinem Betrieb und seinem Geschäft mitwirken, mit allen anderen volkswirtschaftlichen Fragen im engsten Zusammenhang stehen. Man kann nicht eine fortschrittliche Agrarpolitik und gleichzeitig eine rückwärtige Finanzpolitik und eine rückwärtige Verkehrspolitik betreiben, wie es das Zentrum heute z. B. tut. Sobald es sich darum handelt, den Weg einer richtigen Verkehrspolitik zu beschreiten, der Bureaucratie einen Riegel vorzuschieben, oder eine großzügige Finanzpolitik zu machen, dann kommt das Zentrum und setzt die Bremse an. Ich behaupte also,

daß mit einer rationalen Verkehrspolitik unserer Bauernschaft mehr genützt werden kann, als durch alle Dämme, die wir geschaffen haben. Es kann nicht bestritten werden, daß Amerika heute sein Getreide von New-York nach Mannheim immer noch billiger befördert, besonders als es der deutsche Bauer auf einer kurzen Eisenbahnstrecke tun kann. Und Amerika rangiert auf jede Zollserhöhung mit Herabsetzung der Preise und jedesmal mit Erfolg. Die amerikanische Einfuhr haben wir durch die Zollserhöhung noch nicht um ein Pfund zurückgedrängt. Wenn aber unser Bauer heute etwas auf den Markt bringen will, werden seine Einnahmen durch die teuren Frachtkosten erheblich verringert, und umgekehrt muß er für alles, was er bezieht, zu teuren Frachtkosten bezahlen. Unsere Tarife nehmen darauf keine Rücksicht. Die Eisenbahn ist doch nicht dazu da, ungeheure Ueberflüsse zu erzielen, wie es besonders in Preußen geschieht, sondern um das volkswirtschaftliche Bedürfnis und das Verkehrsbedürfnis zu befriedigen. Zu etwas anderem haben wir sie nicht gebaut. Aber auch in der Eisenbahnpolitik sind die Großgrundbesitzer maßgebend geworden, und gerade hier waren es die beiden großen bürgerlichen Parteien, die im letzten Landtag nachgegeben und dadurch den Anfang zum Ruin unserer Volkswirtschaft gemacht haben.

Ich habe die Erfahrung auf dem Lande gemacht — ich halte viele Versammlungen auf dem Lande, ich tue das mit Vorbedacht —, daß unsere Bauern meinen eben erwähnten Zusammenhang sehr zugänglich sind, daß sie solche Reden gerne hören. Die Leute verstehen es nach und nach, und wehe dem Bauernverein und dem Bund der Landwirte, wenn die Leute auf dem Lande draußen es einmal in ihrer größeren Mehrheit richtig begriffen haben! Dann haben die Herren ihre Rolle ausgespielt. Jede rationale Agrarpolitik muß eine Sozialpolitik sein.

Die Bauern haben das größte Interesse daran, daß der Arbeiter sozial geboten wird, wenn damit wächst dessen Konsumfähigkeit und auch die Möglichkeit für ihn, den Bauern etwas abzukaufen und ihnen etwas mehr dafür zu bezahlen, als bisher für die Produkte bezahlt worden ist. Es ist hier in den Verhandlungen das

Genossenschaftswesen

gekreuzt worden und das ist der Angelpunkt der ganzen zukünftigen Agrarpolitik. Es muß jeden betreffen, der es mit diesen Bestrebungen ehrlich meint, wenn er sieht, wie auf diesem Gebiete die Parteigegegensätze auseinanderklaffen, wie die

einzelnen bürgerlichen Parteien glauben, hier separat gehen zu können. Da müssen die katholischen Bauern besonders organisiert werden, die nationalliberalen Bauern müssen besonders organisiert werden usw. und diese verschiedenen Richtungen bekämpfen einander und legen auf diese Weise die ganze Bewegung lahm. Alle Einrichtungen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens wirken in erster Linie zum Schutze und zum Segen des Bauernstandes, und zwar, ohne A n d e r e n z u s c h a d e n. In der Beziehung sind uns andere Staaten schon weit voraus, ich kann da nur wieder auf

Dänemark verweisen, wo geradezu glänzende Verhältnisse auf diesem Gebiete bestehen.

Dort hat man aber auch ganz andere Schulen! Das ganze Land ist geradezu übersät mit einem Netz von landwirtschaftlichen Hochschulen! Sehen Sie auch den dänischen Arbeiter an und vergleichen Sie ihn dann mit unseren deutschen! Wie lange wird es noch dauern und die Bauern werden nicht dabei bleiben, sich in Genossenschaften zusammenzuschließen, sondern sie werden auch dazu übergehen, eigene Genossenschaftsböden, eigene Metzgereien auf genossenschaftlicher Grundlage zu errichten? Die Entwicklung liegt ja sehr nahe, sie liegt allen denen klar vor Augen, die sehen wollen.

In Dänemark haben die Bauern schon heute über 1000 Konsumvereine und über 700 dieser Konsumvereine sind schon in einer großen Einkaufsgenossenschaft organisiert. Wie lange, glauben Sie, wird es noch dauern und alle Konsumvereine werden sich in Weiche zu einer großen Einkaufsgenossenschaft zusammenschließen und werden dem Kapitalismus Karoli bieten und auch zur eigenen Produktion übergehen können?

Damit wird wiederum ein Gebiet für die Idee des Sozialismus gewonnen.

Ich will auch noch ein anderes Gebiet behandeln, das zwar nicht direkt, aber indirekt der Landwirtschaft Hilfe bringt. Wir haben im vorigen Jahre hier eine großartige landwirtschaftliche Ausstellung gehabt. Ich will nicht sagen, daß man jedes Jahr eine Ausstellung in diesem Umfang veranstalten soll, aber es wird nichts schaden, wenn solche Ausstellungen in kleinerem Umfang, vielleicht auch spezialisiert, öfters stattfinden würden. Ein derartiger Anschauungsunterricht ist von großer Bedeutung.

Es ist auch auf den Weinbau hingewiesen worden und da hören wir von einem Vertreter eines Weinbaubezirktes die Klage, daß die Bauern im Oberland ihren Wein nicht fortbringen, und zwar den besten Wein, den sie haben. Wir hier in Karlsruhe zahlen 30 oder 40 Pf. und bekommen dann dafür Essig statt Wein. Wir wären froh, wenn wir einmal ein gutes Viertel Wein bekommen könnten! Da müßten wir schon sehr gut in Karlsruhe bekannt sein, um die Wirtschaften ausfindig machen zu können, die ein einigermaßen gutes Viertel Wein zu 30 oder 40 Pf. ausführen. (Geisterzeit.) Woran fehlt es hier? In der Hauptsache an der Organisation des Absatzes. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!)

Dasselbe trifft in bezug auf unseren Obstbau zu. Unser Obstbau in Baden würde sich zweifellos noch viel besser rentieren, wenn der Absatz genossenschaftlich besser organisiert wäre, wenn die Eisenbahntarife billiger wären und auf diese Weise der Absatzmarkt erweitert werden könnte.

Wir sind nicht die Bauernfeinde,

als die man uns fortwährend darstellt und beschreißt, sondern wir sind wirklich ehrlich und redlich bestrebt, der Bauernschaft zu helfen.

Die Bauern werden es einsehen, daß es töricht ist, sich in Bauernvereine und landwirtschaftliche Vereine zu zersplittern. Sie werden aus sich selbst heraus zu der Forderung nach einer einheitlichen Organisation

kommen. Denn hier ist ein Gebiet, das vollständig neutral ist, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Und dann sind Sie (zum Zentrum) schon schamhaft auf diesem Gebiete gesetzt und werden der Entwicklung ihren Lauf lassen müssen! Ihre Richtung hat schon oft und vergeblich sich bemüht, das Rad der Entwicklung aufzuhalten und ihm in die Speichen zu fallen. Wenn Sie auch heute 28 Mann stark sind und wir nur 12, vor wenigen Jahren war noch gar keiner der Unserigen hier! Es wird einmal die Zeit kommen, wo das Verhältnis umgekehrt ist. Der Präsident ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen. Abg. Kolb (fortfahrend): Ich wollte nur sagen, daß, wenn die Herren über meine Vorschläge lachen, das ein sehr billiges Vergnügen ist. Denn wenn man in der Mehrheit ist, kann man leicht über solche Vorschläge lachen. Die Herren (zu den Nationalliberalen) haben auch einmal gelacht, als das Zentrum noch in der Minderheit war. Das ist ihnen mittlerweile vergangen. (Geisterzeit.) Wir werden dafür sorgen, daß es auch Ihnen (zum Zentrum) möglichst bald vergeht, und dazu dient insbesondere unsere Agitation auf dem Lande, wo wir die Ideen vertreten, die ich heute hier verkörpert habe, und ich hoffe, in der Zukunft mit feigenhem Erfolg! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Deutsche Politik.

Folgen der Kaiserbrief-Affäre.

Die offiziöse Presse — es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß darunter nahezu die gesamte bürgerliche Presse verstanden ist — gibt sich den Anschein, als ob sie mit dem Verlauf der englischen Parlamentsverhandlungen vom Montag reichlich zufrieden wäre und spricht zugleich die Hoffnung aus, daß die ganze peinliche Geschichte nunmehr als abgeschlossen zu betrachten wäre. Die offiziöse Presse handelt damit von ihrem Standpunkt aus nur folgerichtig, denn sie hat stets ihre wichtigste Aufgabe darin erblickt, das deutsche Volk über die Stimmung des Auslandes und über die wahre Stellung Deutschlands in der Welt systematisch zu täuschen. So kann sie denn auch jetzt nichts Besseres tun, als die Kaiserbrief-Affäre als einen belanglosen Zwischenfall hinzustellen, der heute schon so gut wie erledigt sei.

So stehen aber die Dinge in Wirklichkeit nicht. Zeigt es schon von einer ganz außerordentlichen Gerthörigkeit, wenn die deutsche bürgerliche Presse aus den diplomatisch fein abgemessenen Debatten des englischen Parlaments, namentlich aus der Rede des früheren Ministers des Aeußern, Lord Lansdowne den deutlichen Tadel gegen den deutschen Kaiser durchaus nicht herauszuhören will, so muß man erst vollends das Hören und Sehen verlernt haben, um nicht zu bemerken, welche erheblichen Schwierigkeiten dem gegenwärtigen liberalen Kabinett aus dieser üblen Affäre erwachsen sind. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es in England für einen Minister als kompromittierend gilt, wenn er vom deutschen Kaiser intime Briefe empfängt. Dazu kommt, daß die Geheimhaltung des inhyeritösen Briefes nur zwei Annahmen offen läßt. Entweder ist der Inhalt so beschaffen, daß er nicht veröffentlicht werden kann, oder aber man wünscht in England seine Veröffentlichung nicht, weil den maßgebenden Kreisen die Folgen der Nichtveröffentlichung gar nicht so unwillkommen sind. Diese Folgen liegen heute schon klar zutage, denn der „Times“ ist es möglich geworden, auch nach den Parlamentsdebatten ihre schweren Vorwürfe gegen Wilhelm II. aufrechtzuerhalten. Will die deutsche Regierung der Spannung, die durch die Enthüllung der „Times“ hervorgerufen wurde, ein Ende bereiten, so wird es an ihr sein, so rasch wie möglich die Veröffentlichung des Kaiserbriefes zu veranlassen — natürlich vorausgesetzt, daß der Inhalt des Briefes wirklich so harmlos ist, wie man es in der Öffentlichkeit darstellt. Verträgt aber der Brief die Veröffentlichung nicht, dann liegen die Dinge um so schlimmer, denn dann behält die englische Regierung einen Trumpf, den sie zur geeigneten Zeit auszuspielen kann, indem sie schließlich doch das in ihren Händen befindliche Dokument der Öffentlichkeit unterbreitet.

Es ist eben eine Gefahr für Deutschland und für die ganze Welt, daß die Politik eines mitten in Europa liegenden großen Reiches von einem einzelnen Manne gemacht wird. Das hat man in England und Frankreich begriffen, und man handelt danach. Die Engländer wissen es längst, aber auch die Franzosen haben es gelernt — von Napoleon III.

### Das Schicksal der blauen Postkarte in Württemberg

ist nunmehr besiegelt. Der Staatsanzeiger für Württemberg veröffentlicht eine Verfügung, des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, wonach mit Wirkung vom 1. April die Taxe im Orts- und Nachbarschaftsverkehr bei Briefen von 3 Pf. auf 5 Pf., bei Postkarten von 2 Pf. auf 3 Pf. erhöht werden. Die Druckfächer erfahren in den verschiedenen Gewichtsgrenzen eine Erhöhung von 1 bis 5 Pf., Geschäftspapiere und Warenproben in den verschiedenen Gewichtsgrenzen eine solche von 2 bis 5 Pf. Württemberg hat seit der Portenerhöhung des Reiches nicht nachgegeben. Sein Postreferat verpflichtet es nicht zu dieser verkehrshindlichen Maßnahme. Um so bedauerlicher ist es, daß Württemberg gerade jetzt, wo selbst der reaktionäre Reichstag angesichts des kompletten Glasfloss, das man mit dieser Erhöhung gemacht hat, eine Wiedereinführung der billigeren Sätze ernsthaft in Erwägung zieht, sich zu einer Erhöhung entschließt. Die moralische Verantwortung für diese Neuerung, die von der württembergischen Bevölkerung mit großer Erbitterung aufgenommen werden wird, trägt in erster Linie die württembergische Volkspartei, die sich bei der letztmaligen Beratung über diese Frage im Juli 1907 eine ihrer blamabelsten Umfälle geleistet hat. Die Regierung wollte schon vor einem Jahre die Erhöhung durchführen. Dem Einfluß des Landtages gelang es, die Erhöhung hinauszuschieben bis zur Beratung des Etats. Die Regierung legte eine Denkschrift vor, in der sie nachzuweisen versuchte, daß finanzielle und nationale Rücksichten zur Nachahmung des Vorgangs in der Reichspostverwaltung nötigen.

Nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von volksparteilicher Seite wurde die Denkschrift in der Budgetkommission mit treffenden Gründen widerlegt. Aber zwischen Plenum und Kommission fiel die Volkspartei um und unter ihrer Führung inszenierten sämtliche bürgerliche Parteien in trauter Harmonie mit der Regierung hinter den Kulissen einen Theaterzug zur Täuschung der Bevölkerung. Die Bereitwilligkeit der Regierung, die Erhöhung nicht in dem Maße wie bei der Reichspost eintreten zu lassen, wurde in folgendem Antrag der bürgerlichen Parteien gefordert: 1. Die f. Staatsregierung wolle vom 1. April 1908 keine Änderung der Portofaxe im Orts- und Nachbarschaftsverkehr vornehmen. 2. Die Regierung zu ersuchen, für den Fall, daß eine Erhöhung des Portofaxes für Postkarten unvermeidlich ist, den Portofax nicht von 5 Pf., sondern höchstens von 3 Pf. ins Auge zu fassen. — Das hat nun die Regierung befolgt und nach außen soll damit der Eindruck erweckt werden, wie entgegenkommend die Regierung die Wünsche der Kammer berücksichtigt und wie sehr man es der braven Volkspartei zu danken hat, daß nicht noch eine empfindlichere Erhöhung eingetreten ist. Die Sozialdemokratie hat den Herrschaften allerdings diese Spekulation gründlich verborgen. In ausgezeichnete Rede charakterisierte damals Genosse Dr. Rindemann diese Spiegelreflexion. Er führte den Nachweis, daß eine finanzielle Notwendigkeit zu dieser Maßnahme für Würtemberg nicht vorliegt, wohl aber damit die wichtigsten Punkte des Reservatrechts die Selbständigkeit der Verwaltung und die Tarifhoheit preisgegeben werden.

So schwindet unter preußisch-deutschem Einfluß einer nach dem anderen von den Vorjahren, um die man die süddeutschen Staaten immer beneidet.

**Kritikale Unzulässigkeit.** Die „Schöngauer Nachrichten“ haben nach der in diesem Blatte üblichen Sitte durch eine zweizeilige Lokalnotiz auf das hinten enthaltene Inserat für eine sozialdemokratische Volksversammlung hingewiesen. Das hat die katholischen Geistlichen des Bezirks beantragt, in der „A. Postz.“ die Amtsblätter aufzufordern, jenem Blatte die Kirchenanzeigen zu entziehen.

### Ausland.

#### Ungarn.

**Auch ein Vaterlandsverräter.** Der ehemalige ungarische Minister des Innern, Herr Christoffy, der durch die Koalition gestürzt wurde, ist kürzlich wieder durch eine bedeutende Rede an die Öffentlichkeit getreten. Christoffy, dessen unbergängliches Verdienst es ist, dem freien Wahlrecht in Ungarn die Bahn geöffnet zu haben, beschränkte sich in seiner Rede (es war auf einem Bankett der Landesversammlung der „bürgerlich-radikalen“ Partei) nicht auf seine Verteidigung, sondern ging zum Angriff gegen die jetzige Regierung über. Er teilte die Abmachungen mit, die feinerzeit zwischen der Regierung Fejervary und der Krone bezüglich der Wahlreform abgeschlossen worden sind und die das gegenwärtige Ministerium zur Ausführung zu bringen hat. Diesen Abmachungen entspricht die vom Koalitionsministerium beabsichtigte sogenannte „Wahlreform“ durchaus nicht. Christoffy ruft die arbeitende Bevölkerung Ungarns zum Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf.

Von besonderem Interesse sind Christoffys Ausführungen über die Fezke der Patrioten gegen die Vaterlandsverräter, zu denen auch Christoffy bereits geworfen ist, nur, weil er nicht mit der Regierung geht. „Denn in diesem Lande ist heute jeder, der zu Klagen oder eine andere Meinung zu haben wagt, ein Vaterlandsverräter; wer die Beseitigung des Volkselektors für dringender hält als das ungarische Kommando, ist ein Vaterlandsverräter; wer vor der Steuererhöhung zittert, ist ein Vaterlandsverräter. Kurz, in diesem Lande ist heute fast ein jeder ein Vaterlandsverräter, der den Mut hat, ein wenig unzufrieden zu sein; wer gar über die Leitung der Geschäfte des Landes eine andere Meinung oder Ueberzeugung hegt oder vollen, wie ich selbst — Gott verzeih mir! — diese auch zu äußern und zu verkünden wagt, der ist geradezu ein gebrandmarkter

Saupt-Vaterlandsverräter, der gleich mit, dem Urheber aller Uebel, ohne Umstände auf den Gipfel des nationalen Schandpfahls gebracht werden muß.“

So ist es zu allen Zeiten gewesen, und in allen Ländern wiederholt es sich: jeder, dessen politische Ueberzeugung eine andere ist, als die oben beliebte, ist ein Unruheflüsterer, ein „vaterlandsloser Geselle“.

### Vor 60 Jahren.

#### Schwäbischer Bauernkrieg.

Stuttgart, 11. März. Gestern kamen mehrere reitende Voten an, welche von den Erzeugen der Bauern in unserm Unterlande, im Hohenloheischen, betrübende Kunde brachten. Mehrere Schlösser sind von den Meutern, die sich in Banden organisiert haben, niedergebrannt worden, und es steht zu erwarten, daß, wenn nicht die kräftigsten Maßregeln dagegen getroffen werden, die Verwüstungen sich immer weiter ausbreiten werden. Beamte und Juden sind hauptsächlich der Gegenstand dieser Bauernverfolgungen. Viele Adelige haben sich flüchten müssen, ein Gutsherr ist von den Tumultuanten mit einer Gabel erstickt worden. Von Heilbronn wurde gestern Militär nach dem Schwauplag der Unruhen geschickt. Es ist ein eigenes Zusammentreffen, daß diese Auftritte in derselben Gegend sich ereignen, wo vor drei Jahrhunderten der Bauernkrieg seinen Ausgang nahm. Damals wurde die sittliche und geistige Freiheit, welche die Reformation erstrebte, so schrecklich mißverstanden. Jetzt scheint derselbe Fall in Hinsicht der politischen Freiheit eintreten zu wollen. Die unterste Klasse kümmert die geistigen Erzeugnisse unserer Lage nicht, sie überseht sich die Freiheit in ihre Sprache und verlangt, sie materiell verwirklicht zu sehen. Ist doch bezeichnend genug, daß ein Bauer, welcher von einem andern gefragt wurde, was Pressefreiheit sei, antwortete: „Pressefreiheit bedeuete, daß man in Zukunft von dem Preffer (in unserer Gegend der Ausdruck für Exekutor) verschont bliebe.“

### Badische Politik.

#### Die Gehaltsstarifkommission des Landtages

setzte gestern ihre Beratungen fort und erledigte in erster Lesung die Uebergangs- und Schlussbestimmungen (§§ 37 bis 48) der Gehaltsordnung. Die Regierung hat verschiedene Berechnungen über die finanzielle Wirkung einer Erhöhung der im § 39 der G.-D. vorgesehenen außerordentlichen Zulage, die beim Infratreten des Gesetzes bezahlt werden soll, angefertigt. Sie ist bereit, hinsichtlich der Höhe dieser außerordentlichen Zulage über die im § 39 der G.-D. gemachten Vorschläge hinauszugehen. Zu beachten sei vor allem, daß alle Beamte unter allen Umständen um mindestens den Betrag der außerordentlichen Zulage sofort bessergestellt werden. In der nächsten Sitzung wird mit der Beratung des Gehaltsstarifs begonnen.

#### Petitionen.

Der zweiten Kammer gingen folgende Petitionen zu: des Vereins der bei den Gr. Staatsbahnen bediensteten Zugmeister, des Verbandes badischer Wessner zur neuen Gehaltsordnung; des Gewerbevereins Donaueschingen sowie der Gemeinderäte Hüfingen, Benglich, Altglashütten, Neuenburg, Seppenhofen, Kappel, Bonndorf und Schollach um Aufhebung des Ausnahmetarifs für die Zahnradstrecke auf der Hüllentalbahn; der Gemeinderäte Donaueschingen und anderer Gemeinden sowie des Gewerbevereins Donaueschingen und der Schwarzwälder Handelskammer Bellingen um Herstellung einer Bahnverbindung von Donaueschingen nach Schaffhausen (Nanzenbahn), mit einer Denkschrift von H. Vernhart; des Gemeinderats Hagemersheim um Erbauung einer festen Brücke über den Redar bei Hagemersheim; des Gemeinderats Grünungen um Errichtung einer Güterstation; der Handelskammer Freiburg um Regelung der Gehaltsverhältnisse der geprüften Handelslehrer in Baden; der Gemeinderäte Donaueschingen, Sammerseisenbach, Reiffelungen, Bärenthal und Friedenweiler um Aufhebung des Aus-

nahmetarifs für die Zahnradstrecke auf der Hüllentalbahn; des Verbandes der oberbadischen Erwerbs-, Wirtschafts-Genossenschaften sowie des Verbandes der unterbadischen Kredit-Genossenschaften um Aenderung des Vermögenssteuergesetzes.

**Das Volk und die Gebildeten gehören zusammen!** So sagt der demokratische Professor Helbing in einem Leitartikel in „Landesboten“, in welchem diese Aufforderung mit folgenden Gründen gestützt wird:

„Allmählich lernt man begreifen, daß weite Kreise bei uns durch unermüdete Organisationsarbeit im Sinne der wirtschaftlichen Hebung unseres Volkes, für uns Intellektuelle beschämend viel Kulturarbeit und damit nationale Arbeit im besten Sinne des Wortes geleistet haben. Wollen aber die Intellektuellen auch ihrer Auffassung vom Staat und vom nationalen Leben im Volke Geltung verschaffen, dann gibt es dazu nur einen Weg, den der ehelichen und opferfreudigen Mitarbeit an der wirtschaftlichen und kulturellen Hebung des Volkes.“

Die Worte des Herrn Helbing sind ehrlich gemeint. Aber sie fallen auf steinigem Boden. Ein großer Teil der Gebildeten dünkt sich hoch erhaben über das Volk und blüht den Arbeiter von oben herab an, der es wagt, etwa im Wirtschaftshaus an dem gleichen Tisch Platz zu nehmen, an dem der Herr Kaufmann so und so, oder der Herr Beamte so und so sitzt. Das trifft auch zu auf jene Liberale, die bei jeder Gelegenheit sich für die Großblocktätigkeit begeistern, sonst aber dem sozialdemokratischen Arbeiter, sobald sie mit ihm auf der Straße oder sonstwo zusammentreffen, recht bemerkbar das bekannte heineische Wort: „Blamier“ mich nicht, mein schönes Kind... zu Gemüt führen. Nach dieser Richtung hin müssen sich die Verhältnisse gründlich ändern, bevor man davon sprechen kann: Das Volk und die Gebildeten gehören zusammen!

**Und immer noch staatliche Schreiberstellen für 900 M.** Die vorgestrigte Nummer der „Karlsruher Ztg.“ enthält im Inseratenteil das folgende Gesuch:

**Kanzleihilfsstellen**  
mit 900 M. Jahresvergütung alsbald zu besetzen. Bewerber wollen Gesuche sofort einreichen.  
Engen, den 7. März 1908.

Großh. Bezirksamt.

Besitzt denn die badische Regierung gar kein Gefühl dafür, wie solche Ausschreibungen wirken? Dabei hätte das Bezirksamt Engen, wie in unserer Nr. 55 bemerkt, sich auf die Weise zu helfen gesucht, daß es privatim das Kanzleipersonal auf vakante Stellen aufmerksam machte. Die sonderbare Verfügung sah so aus:

Großherzogliches Bezirksamt Engen.  
Engen, den 21. Februar 1908.  
Das Kanzleipersonal des Gr. Bezirksamt Engen betr.

Wir haben auf Anfang März die Stelle eines Kanzleihilfs mit 800 bis 850 Mark Jahresvergütung je nach Dienstalter, zu besetzen. Wir bitten dem dortigen Kanzleipersonal hiebon Kenntnis zu geben. Geeignete Bewerber wollen sich noch im Laufe des Monats Februar melden.  
(Unterschrift.)

Das scheint nicht genügt zu haben; jetzt muß die amtliche „Karlsruher Zeitung“ als Stellennachweis dienen. Und das geschieht in der gleichen Zeit, in welcher man die Ministergehälter um 2000 Mark pro Jahr erhöht!

#### Eine heilsame Lehre

für die badische Staatseisenbahn wäre folgender Vorschlag, wenn er zur Ausführung gebracht würde. Der „Frankf. Ztg.“ wird folgendes beschrieben:

Nachdem die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen die Weiterführung der zwischen Ludwigshafen a. Rh. und Saarbrücken ab 1. Mai d. J. eingelegten neuen Schmelz- und nach Würzburg, von wo die wichtigsten Anstöße nach verschiedenen Richtungen erreicht worden wären, endgültig abgelehnt hat, diese Verbindungen jedoch von hohem wirtschaftlichen Wert sind, so ist es natürlich, daß man sich nach anderen Möglichkeiten umsehen wird. Das von beiden geteilte Geheimnis scheint demnach nicht etwa eine unbedeutende Sache betroffen zu haben. Vielleicht hing die Ehre, die Zukunft, die Existenz, ja sogar das Leben der Dame davon ab. Hier bietet sich uns ein völlig ausreichendes Motiv, und auch die begleitenden Momente dienen zur Verstärkung des Verdachtes, denn wenn etwas sicher ist, so der Umstand, daß Morfon gestern gegen Mitternacht mit der blauen Dame auf diesem selbst im Festgewähl einsam bleibenden Platze ein Rendezvous gehabt hat.

„Ich teile ganz Ihre Ansicht, Herr Affessor.“  
„Bei Gelegenheit dieses Rendezvous kann sich die blauer Dame des ihr gefährlichen Menschen entledigt haben. Der Augenblick war ebenfugot gewählt als der Ort, der, trotzdem er in der Nachbarschaft des von hundert von Menschen besuchten Schützenplatzes liegt, nur dann und wann von einer einzelnen Person besucht wird, die einen Krug oder Eimer Wasser hier holen will. Die Dame hatte vollauf Zeit, sich zu entfernen, selbst wenn sie gesehen wurde, fiel sie niemand auf. — Sie konnte ja von einem gärtlichen Stellbuden kommen.“  
„Sehr wahr.“

„In zweiter Linie kommt die Klavierpielerin Otilie Hilpert in Betracht, eine Abenteuerin, deren Vergangenheit niemand kennt. Bei ihr mangelt uns zunächst ein hinreichendes Motiv, dagegen besitzen wir gravierende Indizien. Einmal wissen wir, daß sie zur selben Zeit, in welcher der Mord geschah, in Würzburg, unter verdächtigen Umständen auf dem Platze gewesen ist, daß sie denselben in Eile, ja fluchtartig verlassen hat; zum andern besitzen wir den unwiderleglichen Beweis ihrer Anwesenheit in diesem Raum, vorausgesetzt, daß er in der Tat ihr Eigentum ist. Insofern würde sie eigentlich als die Hauptperson erscheinen, wenn nur ein hinreichender Beweggrund aufzufinden wäre!“

„Aber sie hätte offenbar jenen Morfon?“  
„Sie mag ihn gehabt haben, doch sie hatte die Truppe verlassen und er konnte ihr fernerehin gleichgültig sein.“  
„Doch wir hörten, Herr Affessor, daß die blaue Dame und Otilie Hilpert miteinander bekannt waren. Vielleicht sind beide an dem Verbrechen beteiligt und besteht zwischen ihnen ein geheimnisvoller Zusammenhang?“  
(Fortsetzung folgt.)

### Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Eine Weile sann Krüger vor sich hin, worauf er erklärte, er sei vorläufig befriedigt. Nur die blaue Dame ließ er sich noch einmal so genau als möglich beschreiben und beauftragte den Sekretär, das Signalement derselben sorgfältig vorzunehmen. Die Sängergesellschaft ward hierauf entlassen und der Affessor besprach sich eine Zeitlang eifrig mit Kommissar Wulff. „Mit der Vorbereitung der Klavierpielerin warten wir noch“, beschied er diesen im Anschluß an die Auseinandersetzung. „Ich habe etwas vor, das für unser Verfahren gegen das Fräulein bestimmend sein wird. Vor allen Dingen zeigen sie mir einmal auf dem Platze die Stelle, wo der Kamm gelegen hat — ich muß mir selber ein Urteil bilden.“

Eilig begaben sich die beiden Männer nach dem Orte des Verbrechen.

„Hier lag der Kamm“, sprach der Kommissar, und deutete auf eine Stelle des Grasplatzes, die wenige Schritte von der Einmündung des an dem Wagen Claudes vorbeifahrenden engen Ganges entfernt war.

„Hier?“  
„Genau, wo ich meine Hand habe.“  
Nachdenklich betrachtete Vinus Krüger die Stelle — und maß dann mit dem Blicke die Entfernung bis zur Mordstätte. „Zweierlei ist möglich“, explizierte er darauf. „Die Trägerin des Kamms kann quer über den Platz gelaufen sein, um denselben durch den Gang zu verlassen, sie kann aber auch von der Stelle, wo der Mord stattgefunden hat, gekommen sein. Sehen Sie hier, dicht hinter der mir von Ihnen bezeichneten Stelle, den Fudel — vielleicht ist sie über diesen im Finstern gestolpert, wobei der bei der Ausführung der Tat Loder gewordene Kamm aus dem Haar glitt und herabfiel.“

„Wohl möglich.“  
„Das Verlieren kann aber auch ohne besondere Veranlassung erfolgt sein, ich weiß, daß meine eigene Schwester den Ver-

lust mehrerer derartiger Bierkämme zu beklagen hatte, die in ihrem Haar absolut keine genügende Festigkeit erlangen konnten. Entscheidend könnte nur die Feststellung sein, woher die Kammbesitzerin gekommen ist und dies würde wohl nicht schwer gewesen sein, zu ergründen, wenn die guten Leute hier nicht vor unserer Ankunft den Platz nach allen Richtungen zertritten und die sämtlich vorhandenen Spuren verlitigt hätten.“

„Reider ist das geschehen“, stimmte Wulff bei. — „Ich habe ihnen darüber bereits meine Meinung gründlich gesagt. Gerade nach der Aufweidung des Bodens durch das Gemwitter mußten sich die Fußspuren besonders tief eindrücken.“

„Dadurch geht mir aber eine andere Erkenntnis verloren“, bemerkte der Affessor, indem er seine Schritte nach der Mordstelle lenkte. „Ich bin in meiner ersten Hypothese wandend geworden und beginne zu glauben, daß möglicherweise doch ein Kampf zwischen Mörder und Opfer stattgefunden hat. Unleugbar hätte sich das heute Morgen auf Grund der Fußabdrücke feststellen lassen. Aber die auf die Alarmnachricht neugierig herbeiströmenden Herrschaften hier haben unsere Kreise gestört: wer soll in diesem Chaos von Fußspuren noch etwas herausfinden?“

„Nicht einmal ein amerikanischer Pfadfinder würde dazu imstande sein“, meinte bedauernd der Polizeibeamte. — „Aber warum sind Sie zu einer anderen Meinung gelangt, Herr Affessor?“

„Sie haben doch den Vernehmungen des Herrn v. Krusig und der Sängergesellschaft beigewohnt — Sie werden also verstehen, was ich Ihnen darlege. Folgendes ist jetzt für mich der Stand der Angelegenheit. Die bisherigen Nachforschungen lassen einen Verdacht gegen zwei Personen als begründet erscheinen. Beide sind Frauen, die Tatsache, daß die Tat von einer Frau verübt worden ist, erscheint zur Evidenz erwiesen. Eine der Verdächtigen ist die blaue Dame. Von ihr hat Morfon zweifellos das bei ihm vorgefundene Geld empfangen. Aus welchem Grunde und zu welchem Zwecke wissen wir nicht, ebensowenig, wie wir die Beziehungen kennen, die Morfon mit der blauen Dame verbindet. Vielleicht war er im Besitz eines Geheimnisses, das sie ihm ablaufen mußte. Jedenfalls haben wir ihn heute als einen Menschen kennen gelernt, der vor einer Erpressung nicht zurückschreckt. Eines der Mädchen hat mir gesagt, daß die blaue Dame seufzte, daß sie mit verdrehten Augen

schafflich auf andere waghafte fernung und von nur den Fraß lang, so Verbündet und Lubnotwendigen brüden h. schaffen der Ansd. Fahrplan 0.17 Bm. Bad Kiff. Regensb. hab ab 7. stehenden hab an. stadt ab a. Rh. an. fallsseite Anknft. sichten laf. Minuten Saarbrück. sich folgen. neuen G. Worms a. an 5.25 M. (durch die berg: ar. Bamberg. Wien an. Einsegn. bestehend verbindun. sprachen, und nach waghafte und lömmt durch die Da in d. Wirtschaft. burg mit wegen de richtungse hier in einer W. schaffen. dungen n. fährt abteilung. julekten, Abteilung

Die Be...

fortgesetzt.  
Abg. M. fern reale sie nur als mand zu Polizeibefehl. kammern al. befordere, we gen sei, das rufgenossen man einber. anders nöw. geliebert u für die Un dienlich sein. fertieren u auch unter gebaut sein. einer Seite gewünscht u Arbeitslam. ausschüffe. Freunde gar die Arbeiter. Annehmbar. letztere öbli. ausschüffe. dem schweb. Arbeiterorg. bleib: nichts aus der A. einer Arbei. er erklären, zu tun.

Abg. G. die Gunst. am die Zu. denn im F. stützigen z. Hebung de. Abg. S. sozialpoliti. müßte gehö. renhäuser: feitung d. tionen emp. seiner Par. tung von K. er Annahm. heilung der. Abg. A. ders Hand. zum Kampf. Terrorisim. müße. Die. äußert sich. reums und

schafflichem Interesse sind, so wirft sich die Frage auf, ob nicht auf andere Weise das wichtige Bindeglied Würzburg-Ludwigsbafen am Rhein herzustellen sei. Ein Vergleich der Entfernungen zwischen diesen beiden Punkten über Heidelberg und Worms-Darmstadt ergibt für die letztere Strecke ein Mehr von nur 15 Kilometern (183 gegen 198 Kilometer). Was nun den Fahrplan über Aschaffenburg-Darmstadt-Worms anlangt, so besteht hier schon im Anschluß an Würzburg eine Verbindung bis Darmstadt, so daß nur zwischen Darmstadt und Ludwigsbafen über Worms (66 Kilometer) ein neuer Zug notwendig wäre, um die direkte Verbindung Würzburg-Saarbrücken herzustellen. Für den Rückweg wäre der neue Zug bis Aschaffenburg (108 Kilometer) durchzuführen, wofür wieder der Anschluß nach Würzburg erreicht werden kann. Der Fahrplan würde sich folgendermaßen gestalten: Würzburg ab 9.17 Vm. (mit Anschluß aus Nürnberg ab 7 Uhr Vm., aus Bad Kissingen ab 7.18 Vm., aus Bamberg ab 7.01 Vm., aus Regensburg ab 4.42 Vm., aus Wien ab 8.30 Vm., aus Karlsbad ab 7.57 Vm.), Aschaffenburg an 10.57 Vm. (durch den bestehenden Schnellzug 51). Aschaffenburg ab 11.08 Vm.; Darmstadt an 11.53 Vm. (durch den bestehenden Eilzug 187); Darmstadt ab 12.00 Vm.; Worms ab 12.50 Vm.; Ludwigsbafen a. Rh. an 1.12 Vm. (neuer Zug). Durch Kürzung der Aufenthaltszeiten in Aschaffenburg und Darmstadt würde sich die Anfunft in Ludwigsbafen a. Rh. um 1.00 Vm. leicht ermöglichen lassen, wofür alldann der Anschluß an den etwa 15 Minuten später verlegten neuen Eilzug (1.08 statt 1.24) nach Saarbrücken erreicht werden würde. Für die Rückfahrt ergibt sich folgender Fahrplan: Ludwigsbafen an 3.25 Vm. (mit dem neuen Eilzug: Saarbrücken-Ludwigsbafen), ab 3.30 Vm.; Worms ab 3.55 Vm.; Darmstadt ab 4.45 Vm.; Aschaffenburg an 5.25 Vm. (neuer Zug), ab 5.31 Vm.; Würzburg an 6.56 Vm. (durch den bestehenden D-Zug 94) mit Anschluß nach Nürnberg: an 9.27 Vm., nach Bad Kissingen an 9.24 Vm., nach Bamberg an 9.36 Vm., nach Regensburg an 11.33 Vm., nach Wien an 7.30 Vm., nach Karlsbad an 7.00 Vm. Durch die Einlegung dieser neuen Züge wäre auch dem schon seit Jahren bestehenden Wunsch um Schaffung einer Mittags Schnellzugsverbindung zwischen Frankfurt a. M. und Saarbrücken entsprochen, da für die neuen Züge in Darmstadt Anschlüsse von und nach Frankfurt bereits bestehen. Bei der Nähe von Ludwigsbafen a. Rh. hätte auch Mannheim wesentliche Vorteile und könnte linksrheinisch das erreichen, was ihm rechtsrheinisch durch die badische Eisenbahnverwaltung vorenthalten wird. Da in den Interessentenzirkeln des großen und intensiven Wirtschaftsgebietes Saarbrücken-Pfalz-Mannheim-Würzburg mit seiner hochentwickelten Industrie, seinem Welthandel, wegen der Ablehnung der absolut notwendigen Verkehrsrichtungen große Verstimmung besteht, greifen vielleicht die hier in Betracht kommenden Handelskammern das Projekt einer Verbindung Saarbrücken-Würzburg über Worms-Aschaffenburg auf. Betriebs- oder verkehrstechnische Einwendungen wären hier wohl nicht zu befürchten.

Führt die badische Generaldirektion — als Verkehrsabteilung — fort, den Verkehr auf andere Staaten überzulassen, dann erhält sie sehr bald den Beinamen: Die Abteilung gegen den Verkehr!

### Deutscher Reichstag.

(119. Sitzung.)

Berlin, 11. März.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Neumann (fr. Bg.) erklärt, wenn die Arbeiterkammern reale Zwecke fördern sollen, so reicht es nicht aus, daß man sie nur als gutachtliche Behörde hinstelle, deren Gutachten niemand zu beachten gezwungen sei, auch nicht die ausführende Polizeibehörde. Mindestens müßten die Gutachten der Arbeiterkammern als normativ bezeichnet werden, sodaß auch die Polizeibehörde, wenn sie von jenem Gutachten abweichen wolle, gezwungen sei, das jedesmal ausdrücklich zu motivieren. Mit der betriebsgenossenschaftlichen Organisation der Arbeiterkammern könne man einverstanden sein, wenn die Betriebsgenossenschaften etwas anderes wären, als sie sind. Bis jetzt seien sie viel zu wenig gegliedert und organisiert. Sie seien fast nur Abrechnungsstellen für die Unfallversicherung. Wenn sie für die Arbeiterkammern dienlich sein sollten, so müßten sie auch wirklich den Beruf repräsentieren und nicht nur die Unternehmer. Ebenso müßten aber auch unter allen Umständen die Arbeiterkammern paritätisch aufgebaut sein im Gegensatz zu den Arbeiterkammern, wie sie von einer Seite — Redner wendet sich zu den Sozialdemokraten — gewünscht wurden. Der Vorschlag wegen des Wahlrechts zu den Arbeiterkammern — Wahl der Arbeitervertreter durch Arbeiterauschüsse —, wie ihn der Entwurf enthalte, sei für seine Freunde ganz unannehmbar, denn bei solchem Wahlmodus hätten die Arbeiter gar kein aktives Interesse an den Arbeiterkammern. Annehmbar wäre die Wahl durch Arbeiterauschüsse nur, wenn letztere obligatorisch wären, aber das sei ja nicht der Fall. Die Ausschüsse seien jetzt nur ein erweitertes Beschwerdebüro. Außerdem schwebt über ihnen der Rindigungsparagraph. Um alle Arbeiterorganisationen für die Arbeiterkammern zu interessieren, müßte nichts übrig als ein Proportionalwahlrecht. Man müsse aus der Arbeiterkammer nur etwas Halbes, nur den Schatten einer Arbeiterorganisation, so würden seine Freunde, das könnte er erklären, sicher wenig geneigt sein, für diesen Gedanken etwas zu tun.

Abg. Gräfe (Nsp.) bezeichnet den allgemeinen Wettlauf um die Gunst der Arbeiter als unbedeutend. Man sollte sich mehr um die Interessen des Mittelstandes und Handwerks kümmern, denn im Interesse des Staates liege es vor allem, selbständige Existenzen zu schaffen. Redner bekämpft dann die weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe im Interesse des Meingewerbes.

Abg. Sir (Centr.) rühmt die Tätigkeit des Zentrums auf sozialpolitischem Gebiete. Besonders dem Kaufmannstande müßte geholfen werden durch schärfere Maßnahmen gegen Warenhäuser und Detailreisen, ferner durch möglichst völlige Versteigerung des Kaufhandels. Von den vorliegenden Resolutionen empfiehlt Redner zur Annahme besonders die Resolution seiner Partei betreffend Unfallfürsorge bei Arbeiten zur Rettung von Personen und Vergütung von Sachen. Ebenso erbittet er Annahme der Resolution Schwerin betr. zuverlässige Feststellung der Viehpreise nach Lebendgewicht.

Abg. Brodhagen (Nsp.) führt aus, Mittelstand und besonders Handwerk ständen jetzt trauriger da als die Arbeiter. Sie kämpften im Vorgebirge wendend, verlangt Redner, daß der Terrorismus der Sozialdemokraten endlich gebrochen werden müsse. Die Regierung müsse endlich die Arbeit schützen. Weiter äußert sich Redner noch zu einigen Resolutionen. Die des Zentrums und der Sozialdemokraten über das Anknüpfungs-

lehnten seine Freunde ab, schon weil es preußische Angelegenheit sei. Der Resolution Schad über Mindestpreise im Handwerk stimmten sie dagegen zu. Die in einer anderen Resolution Schad angeregte Errichtung von Angestellten-Kammern sei noch nicht spruchreif. Spruchreif sei aber jedenfalls die in seinem eigenen Antrage verlangte Regelung der sozialdemokratischen Schmiergelberfrage. Der Verfasser müsse noch strenger bestraft werden, als der Verfälscher. (Beifall rechts.)

Abg. Jund (natl.) behandelt die Frage der Einheitssteno-graphie. Der Kartell-Resolution des Zentrums stimmen wir zu, eine Verstaatlichung der Kohlenbergwerke lehnen wir ab, halten aber eine Beteiligung des Staates für wünschenswert.

Darauf beantragt Abg. Wassermann Schluß der General-debatte. Der Antrag wird von der Blockmehrheit angenommen. Dann wird über die Resolutionen abgestimmt. Abgelehnt werden die sozialdemokratischen Resolutionen betr. gesetzliche Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse aller Angestellten, betr. ein Reichsberggesetz und betr. Bauarbeiter-Fürsorgegesetz. Ebenso wird in der sozialdemokratischen Resolution betr. die Glashütten der Punkt abgelehnt, der den Achtstundentag und Nachtarbeitverbot fordert. Die anderen drei Punkte dieser Resolution gelangen dagegen zur Annahme, darunter der Passus über Verbot der Sonntagsarbeit mit 123 gegen 104 Stimmen, da Sammel-sprung nötig wurde. Alle übrigen Resolutionen der Parteien zum Staatssekretär-Titel gelangen zur Annahme. Nur die nationalliberale Resolution betr. § 100q der Gewerbeordnung, welche „Erhebungen“ fordert, wurde dadurch erledigt, daß die einen bezüglichen Gesetzentwurf fordernde Resolution Schad angenommen wurde.

Bei dem Titel für die drei Direktoren versuchen die Abgg. Que (Soz.) und nach ihm Stadthagen (Soz.) auf die allgemeine sozialpolitische Debatte zurückzukommen, werden aber vom Präsidenten an dieser Absicht verhindert.

Bei einem weiteren Abschnitt „Allgemeine Fonds“ verbreitet sich Abg. Pfeiffer (Centr.) über das germanische Museum in Nürnberg. Redner verlangt weiter in längeren Ausführungen Ehrensolde für Schauspieler und andere Künstler, Dichter und Journalisten. Es sei endlich an der Zeit, die Schauspieler aus der Gefindeordnung heraus zu nehmen.

Nach Erledigung einiger weiterer Titel und Kapitel erfolgt Vertagung. Morgen 1 Uhr Fortsetzung. Schluß nach 7 Uhr.

### Aus der Partei.

Gröningen, 11. März. Am kommenden Sonntag findet im Gasthaus zum „Ochsen“ eine Parteiversammlung statt, zu der alle Parteigenossen freundlichst eingeladen sind. Es wird Bericht erstattet über den Parteitag in Offenburg.

Stenau, 12. März. Parteigenossen. Heute Donnerstag, 12. März, findet im „Strauß“ eine allgemeine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Wie gehen wir den Verein? 2. Märzfeier. Am Interesse der Wichtigkeit der Sache wäre zahlreicher Besuch erwünscht; speziell die Hörbeiner Genossen seien auf diese Versammlung besonders aufmerksam gemacht. Beginn halb 9 Uhr.

Schopfheim, 10. März. Die Parteigenossen werden darauf nochmals aufmerksam gemacht, daß kommenden Samstag den 14. März, abends halb 9 Uhr im „Kranz“ die regelmäßige Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins stattfindet. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen. Unser Delegierter, Genosse Müller, wird über den Parteitag Bericht erstatten. Da der Parteitag für uns im Oberland Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt hat, so muß für alle Mitglieder Interesse vorhanden sein, die Versammlung zu besuchen. Es sei weiter darauf hingewiesen, daß am Sonntag, 15. März, von abends 8 Uhr an bei Witwe Schindler (Löwenbrauerei) gemütliche Zusammenkunft der Parteigenossen und ihren Angehörigen stattfindet. Es sind genau fünf Jahre, seit wir die jetzige politische Organisation gründeten. Manchem Sturm haben wir bisher trotz der Stürme geboten. Wir werden in Zukunft daselbe tun. Ein bekannter Parteigenosse wird alle Ereignisse der verfloffenen 5 Jahre Revue passieren lassen. Ebenso ist für musikalische und gesangliche Unterhaltung Sorge getragen. Jedermann ist der Zutritt gestattet, die Genossenschaften am Orte und politischen Organisationen der Nachbarschaft sind freundlichst willkommen.

### Aus der Residenz.

Karlsruhe, 12. März.

Märzfeier.

Am Sonntag, den 22. März, begeht die Karlsruher Arbeiterkassette das Andenken an die Kämpfer vor 60 Jahren. Als Festredner ist der frühere Reichstagsabgeordnete W. L. S. Cannstatt gewonnen.

Mit dieser Feier wird verbunden die Ehrung von Karl Marx, da am nächsten Samstag 25 Jahre seit seinem Todestage verfloßen sind.

### Sozialdemokratischer Verein.

Die Vereinsversammlung, die gestern Abend im „Auerhahn“ stattfand, war gut besucht. Genosse Müldert hatte das Referat über den verfloßenen Parteitag übernommen und entledigte sich seiner Aufgabe in betriebliger Weise. Er gab ein anschauliches Stimmungsbild und einen Ueberblick über die Verhandlungen und die gehaltenen Referate. Er resümierte am Schlusse seines Vortrages, daß man mit dem Verlaufe des Parteitages wohl zufrieden sein könne, er hätte die Erwartungen erfüllt, die man von ihm erhoffte. Die Delegierten hätten die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sozialdemokratie in Baden mit froher Zuversicht in die Zukunft blicken könne.

Die an den Vortrag anschließende Debatte war eine sehr lebhaft und beteiligten sich daran die Genossen: Sigmund, Kolb, Trinks, Abele, Willi, Schwall und Reß. Schluß halb 12 Uhr.

Wegen vorgerückter Zeit wurde der 2. Punkt, Arbeiter-Diskussionsklub betr., von der Tagesordnung abgesetzt.

### Holzarbeiter.

In Nr. 56 des „Volksfreund“ bringt Herr Meinger, Moonstraße 23, eine Verächtigung unserer Notiz in Nr. 52. Zunächst haben wir zu bemerken, daß unsere politische Tageszeitung höhere Aufgaben hat, als die wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen einem Arbeitgeber und seinen paar Arbeitern auszufechten, zumal dies die große Öffentlichkeit kaum interessiert. Hierzu haben wir andere Mittel. Jedoch wollen wir von unserer bisherigen Gepflogenheit ausnahmsweise einmal abweichen.

Herr Meinger gibt an, es seien nur drei Arbeiter die

Störenfriede. So hats dieser Herr immer gemacht. Die besten Arbeiter wurden dort schon mitten im Winter ohne jeden weiteren Grund nur deshalb entlassen, weil sie den Tarif hochhielten. Oder kann sich Herr Meinger der letzten Vorgänge im Dezember nicht mehr entsinnen? Von den zurzeit dort beschäftigten 7 Schreibern haben 6 die Kündigung eingereicht. Ein Kollege hat, mit unserer Zustimmung, sich an der Kündigung nicht beteiligt, ebenso die 4 Glaser und 3 Maschinenarbeiter. Wenn es aber notwendig werden soll, dann reichen auch diese Berufscollegen ohne weiteres die Kündigung ein. Von einer Beschimpfung, Verhöhnung oder einem Vertragsbruch kann also bei ordnungsmäßiger, freiwilliger Kündigung des Arbeitsverhältnisses keine Rede sein.

Daß Herr Meinger die höchsten Löhne hier bezahlt, ist uns nicht bekannt, er bezahlt 56 „p. Stunde, was dem Durchschnittslohn gleichkommt; aber nach dem Tarif verdienen unsere Kollegen im Afford bedeutend mehr, und das ist, warum Meinger nicht nach dem Tarif arbeiten lassen will. Wir werden aber mit aller Macht dem Tarif Geltung verschaffen. An der Forderung der Entlassung des Wermeisters werden wir ebenfalls festhalten, dieser Mann hat es wahrlich reichlich verdient. Herr Meinger brüht sich noch, daß er Arbeiter schon 20 und 28 Jahre habe. Ja, wo stehen denn dieselben? Bei den Schreibern, Glasern, Maschinenarbeitern sicher nicht, die Arbeiterfreundlichkeit ist ja auch bekannt, man darf nur aufs Gewerbegericht gehen, oder in Kreisen der Holzarbeiter umfragen. Wir verlangen nicht, mit Glacehandschuhen angefaßt zu werden, aber eine Behandlung verlangen wir, wie sie unter anständigen Menschen üblich ist.

Daß das Bezirksamt unsere Werkstattversammlung über-wachen ließ, ist uns aufgefallen. Wir haben uns aber nichts daraus gemacht. Im Gegenteil, wir haben den außen postieren Schutzmann aufgefordert, zu unserer Sitzung zu kommen, was derselbe allerdings ablehnte. Die „Ruhe und Ordnung“ jedoch war wieder einmal aufrecht erhalten.

Die Holzarbeiter werden trotz der „Verächtigung“ des Herrn Meinger die Sperr e so lange hochhalten, bis unsere berechtigten Wünsche erfüllt sind.

Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

### Der Gutfabrikant Krämer

schickt uns die folgende Verächtigung: 1. Es ist unwar, daß ich jemals eine Prämie für diejenigen ausgesetzt habe, die ihre Nebenarbeiter bei mir als organisiert denunzieren. 2. Es ist unwar, daß diversen Arbeitern Lohnneubehalt gemacht wurde, damit der einbehaltene Betrag im Falle des Verbandsbeitritts mir zufällt. 3. Es ist unwar, daß meine Stücklöhne niedere sind, als in den übrigen süddeutschen Fabriken; wahr ist, daß sie wesentlich höher sind, als in den meisten süddeutschen Fabriken. 4. Es ist unwar, daß die in meinem Betriebe gezahlten Löhne unzureichend sind, diese betragen durchschnittlich pro Woche bei 9½stündiger Arbeitszeit 39, 30, 24 M. für Hutarbeiter, 18 M. für einen fremden, eben ausgelernten Arbeiter und 16,90 Mark für im dritten Lehrjahre stehende Lehrlinge. 5. Es ist unwar, daß jemals einer Arbeiterin auch nur die geringste Strafe für Fehler diktiert wurde. Strafen werden einzig und allein bei wiederholtem Zuspätkommen in Höhe von 10—20 Pf. verhängt. 6. Die Angabe betr. Schlagens und Bedrohens eines 20jährigen Lehrlings mit dem Revolver ist unwar, ebenso unwar ist die Angabe betr. des einem Arbeiter gegebenen Darlehens von 350 M., wofür ich 170 M. Diskont verlangt hätte, und daß mir betr. Arbeiter Gefälligkeiten, die auf dem Gebiete des Wechselrechts liegen, gemacht habe. Wahr ist, daß ich mir für meine diversen Darlehen von betr. Arbeiter zwei Wechsel als Sicherheit geben ließ. Achtungsoll Karl Krämer.

Die ausständigen Gutmacher werden darauf antworten.

### Ind in Karlsruhe?

Allgemeines Sinken der Fleischpreise im Einzelverkauf wird angekündigt. In den letzten 8 Tagen traten der Fleischzerlegung zufolge in vielen deutschen Städten bereits Preisermäßigungen ein, u. a. in Berlin, Mainz, Warburg, München, Plauen i. V.

### Rintheim.

Wie hier nicht anders erwartet wurde, hat der Stadtrat laut seinem letzten Bericht entschieden, daß einer Weiterführung der Straßenbahn kostenhalber nicht näher getreten werden könne. Man hätte meinen können, daß die wohlthätige Stadtverwaltung die Bedürfnisfrage und nicht die Frage der Rentabilität in den Vordergrund stellt, daß eine Bahnverbindung mit dem Stadtimern für Rintheim geradezu eine Lebensfrage ist, nicht nur der arbeitenden Bevölkerung wegen, sondern auch für Handel und Handwerk. Ohne uns heute auf die vorliegenden Projekte einzulassen, möchten wir betonen, daß sich die hiesige Bevölkerung, und im speziellen die Arbeiter-schaft, mit diesem Kanzeltrot nicht begnügt, sondern ganz energisch die Sache in die Hand nehmen und nicht eher ruhen wird, bis der Stadtrat eine andere Stellung einnimmt und die Straßenbahn befürwortet. Für Petitionen können wir uns nicht erwärmen, wir glauben, wenn wir die breite Öffentlichkeit, die Presse, benützen, am schnellsten zum Ziele zu kommen.

Am kommenden Sonntag findet nachmittags 3 Uhr in der „Friedrichskrone“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher ein Mitglied der sozialdemokr. Bürgerausschuss-fraktion das Referat halten wird und wozu jedermann eingeladen ist.

Im Tode vereint. Am letzten Sonntag ist hier Privater Josef Blochmann im Alter von 85 Jahren gestorben. Seine 78-jährige Gattin, Sophie Blochmann, geb. Gartner, konnte den Verlust ihres treuen Lebensgefährten nicht überwinden, ein sanfter Tod hat auch sie gestern von den Lebenden des Alters erlöst.

8 Kleine Nachrichten. Am 28. vor. Mts. kam einem Herrn ein wertvoller Jagdhund, der auf den Namen Namas hört, abhanden.

In der Nacht zum 1. ds. Mts. erhielt ein 25 Jahre alter Schreibgehilfe im Hofe einer Wirtschaft in der Adlerstraße Anläßlich einer Prügelei einen Stich in das rechte Auge, so daß er nach der Klinik verbracht werden mußte und sehr wahrscheinlich auf dem verletzten Auge die Schraube verlieren wird.

Am 4. ds. Mts. wurde einem ledigen Herrn in der Gottes-auerstraße auf seinem Zimmer von einer Kellnerin sein Portemonnaie mit einem Hundertmarkschein entwendet.

Am 7. ds. Mts. kam einer Fabrikarbeiterin aus Bruchhausen in der Gartenstraße das Portemonnaie mit 25 M. abhanden.

Badische Chronik.

Bruchsal.

11. März.

Am Sonntag, 15. März, vorm. halb 10 Uhr, findet im „Einhornsaal“ eine allgemeine Versammlung zu Ehren der im Jahre 1848/49 im Freiheitskampfe gefallenen Helden statt.

Die Beratung des Voranschlags des Gemeinde-Budgets für 1908 ist auf Dienstag, 24. März angelegt.

Der Sommertagszug findet, wie in den vergangenen Jahren, am 19. d. M. statt.

Freiburg.

11. März.

Achtung! Protestversammlung! Am 18. März findet im Saalbau wieder eine Protestversammlung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht statt.

Die Wahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse finden am 7. April statt.

Am 28. und 29. März wird Gen. Engler die vom Bildungsausschuss veranstalteten Vorträge über „Entwicklung und Geschichte der Gewerkschaften“ halten.

Zeichen der Not. Bekanntlich herrscht in allen Berufen sowohl gelernter als ungelernter Arbeiter überall sehr große Arbeitslosigkeit.

Hieraus sollten alle Arbeiter lernen, wie gut und wie notwendig die Organisation ist.

Grüningen, 11. März. Bei der hiesigen Wäschanstalt fiel ein etwa 2 Jahre altes Kind in die an dieser Stelle ziemlich tiefe Pfing.

Baden, 12. März. Gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr geriet in der Langestraße in der Nähe der Augenstift ein Maurer, Namens Genteschuh im Alter von ungefähr 40 Jahren unter den in Fahrt befindlichen Omnibus Baden-scheuern-Baden und wurde durch Pferdetritte derartig schwer verletzt, daß er nur als Leiche unter dem Wagen hervorgezogen werden konnte.

Ortenberg, 11. März. In einer unbeschreiblichen Aufregung befinden sich zurzeit die Bewohner von Ortenberg. Kaum hatte die Feuerwehr von dem Brande am Samstag Nacht ihre Rüstung abgelegt, mußte sie gestern schon wieder in Tätigkeit treten.

Kehl, 10. März. Ja, lustig ist die Jagerei... Ein Fall, der hier nicht geringes Aufsehen erregt, beschäftigte am vergangenen Samstag das Schöffengericht in Achern.

Kenzingen, 11. März. Messerheld. Gestern früh entspann sich hier zwischen einem Vater und seinem Sohne ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Vater mit einem Messer auf den Sohn einschlug.

Staufen, 11. März. Die hiesige Bezirksharasse verleiht fogenannte Heimparlassen gegen eine Miete von 3 Mk., die dem Sparrer gut geschrieben werden.

St. Blasien, 11. März. Schuhmacher Adalbert Spitz hier hatte vor einigen Tagen Stodische gegessen und dann Bier darauf getrunken.

Vom Schwarzwalde, 11. März. Seit gestern herrscht auf den Höhen des Schwarzwaldes wieder starkes Schneetreiben.

Nabstall, 11. März. Einbruch. Gestern Nacht wurde bei Uhrmacher Keller hier eingebrochen.

schüsse verschleudert hätten. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Konstanz, 11. März. Zum zweitenmale wurde im nahen Allmannsdorf der Geschäftsführer der dortigen Fischereigenossenschaft, Gastwirt Gänssli, dem Beunruhigungen zur Last gelegt, verhaftet.

Waldbühl, 10. März. Krämerneid. Gegenwärtig weilt ein Herr Hauser aus Stuttgart hier und sucht Schuhwaren zu billigen Preisen an den Mann zu bringen.

Mannheim, 11. März. Selbstmordversuch. Eine 31 Jahre alte Frau stürzte sich gestern Mittag in den Neckar, konnte aber noch rechtzeitig wieder dem nassen Grabe entzissen werden.

Spefart, 10. März. Allgemeine Entrüstung herrscht zurzeit unter den hiesigen Bürgern über die Haltung des Bürgermeisters bei Vergebung der erledigten Gemeinderatsstellen.

Wittenschwand, 11. März. Dem Antrag des Gemeinderats auf Aufhebung des Schulgeldes wurde in der Gemeindeversammlung einstimmig zugestimmt.

Nastatt, 10. März. Der am Montag Abend vom Gewerkschaftsartell arrangierte Lichtbilder-Vortrag über das Geschlechtsleben und seine Folgererscheinungen war sehr gut besucht.

Bereine und Versammlungen. Nastatt, 10. März. Der am Montag Abend vom Gewerkschaftsartell arrangierte Lichtbilder-Vortrag über das Geschlechtsleben und seine Folgererscheinungen war sehr gut besucht.

Neues vom Tage. Explosionen. Dortmund, 11. März. Auf der Zeche „Lucas“ fand heute Mittag kurz nach 1 Uhr eine Explosion schlagender Wetter statt.

Ruhrort, 11. März. Auf der Strafe zwischen Duisburg und Ruhrort sollte heute ein alter Brückenpfeiler beseitigt werden, um das Bett des Rheinhafenkanals freizulegen.

Sofia, 11. März. Auf dem Dampfer „Dorobanc“ erfolgte eine Kesselexplosion. Da das Schiff schnell zu sinken begann, gelang es nur mit großer Mühe, die an Bord befindlichen 40 Passagiere und die Mannschaft zu retten.

Berlin, 11. März. Zu dem Verleumdungsfall im Hause der Gräfin Wartenleben wird berichtet, daß die unter dem Verdacht der Täterschaft am Tage nach dem Vorfall verhaftete Jose Frau Anna Steger heute aus der Haft entlassen worden ist.

Letzte Post. Aufsehen erregende Verhaftungen. Metz, 11. März. Hier sind zwei Polizeibeamte in Untersuchungshaft genommen worden.

zu verkaufen, erfolgte die Entdeckung. Gleichfalls verhaftet wurde ein Leutnant vom 4. bayerischen Infanterieregiment. Die Festnahme erfolgte auf Erlauchen der Bundespolizei wegen Betruges.

Oppositionslust in der sächsischen Kammer. Dresden, 11. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam es bei Besprechung des freisinnigen Antrages, die Sitzungen der Wahlrechtsvorlage-Deputation öffentlich zu führen, zu stürmischen Szenen zwischen Präsidium und äußerster Linken.

Chemnitz, 11. März. Heute Vormittag fand vor dem Kriegsgericht die Verhandlung gegen den Major a. D. von Tettau vom Bezirkskommando Plauen wegen Betruges und Urkundenfälschung statt.

Die Geschäfte im Reichstag. Berlin, 11. März. Der Senioren-Konvent des Reichstages trat heute vor der Plenarsitzung zusammen, um sich über die rechtzeitige Erledigung des Etats zu verständigen.

Gehaltsvorlage für die preussischen Beamten. Berlin, 11. März. Im Abgeordnetenhaus stand heute zunächst die Interpellation über die Befolungsvorlage auf der Tagesordnung.

Vereinsanzeigen. Karlsruhe. (Gesangverein Kassalla.) Morgen, Freitag, abends 9 Uhr, Probe im Lokal. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Briefkasten der Redaktion. Böllersbach. Wir billigen es ebenfalls nicht, wenn der Pfarrer Wöhler in der Kirche kräftige Ohreisen verabsolgt.

Wittenschwand, 11. März. Dem Antrag des Gemeinderats auf Aufhebung des Schulgeldes wurde in der Gemeindeversammlung einstimmig zugestimmt.

zu verkaufen, erfolgte die Entdeckung. Gleichfalls verhaftet wurde ein Leutnant vom 4. bayerischen Infanterieregiment. Die Festnahme erfolgte auf Erlauchen der Bundespolizei wegen Betruges.

Oppositionslust in der sächsischen Kammer. Dresden, 11. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam es bei Besprechung des freisinnigen Antrages, die Sitzungen der Wahlrechtsvorlage-Deputation öffentlich zu führen, zu stürmischen Szenen zwischen Präsidium und äußerster Linken.

Chemnitz, 11. März. Heute Vormittag fand vor dem Kriegsgericht die Verhandlung gegen den Major a. D. von Tettau vom Bezirkskommando Plauen wegen Betruges und Urkundenfälschung statt.

Die Geschäfte im Reichstag. Berlin, 11. März. Der Senioren-Konvent des Reichstages trat heute vor der Plenarsitzung zusammen, um sich über die rechtzeitige Erledigung des Etats zu verständigen.

Gehaltsvorlage für die preussischen Beamten. Berlin, 11. März. Im Abgeordnetenhaus stand heute zunächst die Interpellation über die Befolungsvorlage auf der Tagesordnung.

Vereinsanzeigen. Karlsruhe. (Gesangverein Kassalla.) Morgen, Freitag, abends 9 Uhr, Probe im Lokal. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Briefkasten der Redaktion. Böllersbach. Wir billigen es ebenfalls nicht, wenn der Pfarrer Wöhler in der Kirche kräftige Ohreisen verabsolgt.

Wittenschwand, 11. März. Dem Antrag des Gemeinderats auf Aufhebung des Schulgeldes wurde in der Gemeindeversammlung einstimmig zugestimmt.

zu verkaufen, erfolgte die Entdeckung. Gleichfalls verhaftet wurde ein Leutnant vom 4. bayerischen Infanterieregiment. Die Festnahme erfolgte auf Erlauchen der Bundespolizei wegen Betruges.

Oppositionslust in der sächsischen Kammer. Dresden, 11. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam es bei Besprechung des freisinnigen Antrages, die Sitzungen der Wahlrechtsvorlage-Deputation öffentlich zu führen, zu stürmischen Szenen zwischen Präsidium und äußerster Linken.

Chemnitz, 11. März. Heute Vormittag fand vor dem Kriegsgericht die Verhandlung gegen den Major a. D. von Tettau vom Bezirkskommando Plauen wegen Betruges und Urkundenfälschung statt.

Die Geschäfte im Reichstag. Berlin, 11. März. Der Senioren-Konvent des Reichstages trat heute vor der Plenarsitzung zusammen, um sich über die rechtzeitige Erledigung des Etats zu verständigen.

Gehaltsvorlage für die preussischen Beamten. Berlin, 11. März. Im Abgeordnetenhaus stand heute zunächst die Interpellation über die Befolungsvorlage auf der Tagesordnung.

Vereinsanzeigen. Karlsruhe. (Gesangverein Kassalla.) Morgen, Freitag, abends 9 Uhr, Probe im Lokal. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Briefkasten der Redaktion. Böllersbach. Wir billigen es ebenfalls nicht, wenn der Pfarrer Wöhler in der Kirche kräftige Ohreisen verabsolgt.

Wittenschwand, 11. März. Dem Antrag des Gemeinderats auf Aufhebung des Schulgeldes wurde in der Gemeindeversammlung einstimmig zugestimmt.

zu verkaufen, erfolgte die Entdeckung. Gleichfalls verhaftet wurde ein Leutnant vom 4. bayerischen Infanterieregiment. Die Festnahme erfolgte auf Erlauchen der Bundespolizei wegen Betruges.

Oppositionslust in der sächsischen Kammer. Dresden, 11. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam es bei Besprechung des freisinnigen Antrages, die Sitzungen der Wahlrechtsvorlage-Deputation öffentlich zu führen, zu stürmischen Szenen zwischen Präsidium und äußerster Linken.

Chemnitz, 11. März. Heute Vormittag fand vor dem Kriegsgericht die Verhandlung gegen den Major a. D. von Tettau vom Bezirkskommando Plauen wegen Betruges und Urkundenfälschung statt.

Die Geschäfte im Reichstag. Berlin, 11. März. Der Senioren-Konvent des Reichstages trat heute vor der Plenarsitzung zusammen, um sich über die rechtzeitige Erledigung des Etats zu verständigen.

Gehaltsvorlage für die preussischen Beamten. Berlin, 11. März. Im Abgeordnetenhaus stand heute zunächst die Interpellation über die Befolungsvorlage auf der Tagesordnung.

Vereinsanzeigen. Karlsruhe. (Gesangverein Kassalla.) Morgen, Freitag, abends 9 Uhr, Probe im Lokal. Vollzähliges Erscheinen erwartet.

Briefkasten der Redaktion. Böllersbach. Wir billigen es ebenfalls nicht, wenn der Pfarrer Wöhler in der Kirche kräftige Ohreisen verabsolgt.

Wittenschwand, 11. März. Dem Antrag des Gemeinderats auf Aufhebung des Schulgeldes wurde in der Gemeindeversammlung einstimmig zugestimmt.

zu verkaufen, erfolgte die Entdeckung. Gleichfalls verhaftet wurde ein Leutnant vom 4. bayerischen Infanterieregiment. Die Festnahme erfolgte auf Erlauchen der Bundespolizei wegen Betruges.

Oppositionslust in der sächsischen Kammer. Dresden, 11. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam es bei Besprechung des freisinnigen Antrages, die Sitzungen der Wahlrechtsvorlage-Deputation öffentlich zu führen, zu stürmischen Szenen zwischen Präsidium und äußerster Linken.

Chemnitz, 11. März. Heute Vormittag fand vor dem Kriegsgericht die Verhandlung gegen den Major a. D. von Tettau vom Bezirkskommando Plauen wegen Betruges und Urkundenfälschung statt.

Volksfreund Unterhaltungsblatt zum

ausch nur ein geringes anwesendigen Anwesenden... auch nur ein geringes anwesendigen Anwesenden... auch nur ein geringes anwesendigen Anwesenden...



